

REPORTAGE

Die Trauben von Hebron

5,2 Millionen Palästinenser gehören zur Weltbevölkerung der Flüchtlinge. Die fast 50 Jahre andauernde israelische Siedlungspolitik im Westjordanland nimmt vielen von ihnen die Hoffnung auf eine Lösung des Nahost-Konflikts. Während neben Wohnsiedlungen ganze Fabrikgelände wachsen, werden palästinensische Landbesitzer zwangsenteignet. Ausschnitte aus einem Leben im Belagerungszustand.

Von Maria Christoph

Hassan Al-Shaers Esel zuckt zusammen. Der Landwirt drischt gleichmäßig auf das Tier ein. Mühselig bewegt es sich vorwärts. „Yalla, yalla!“, ruft er. Die stumpfe Kante des Pflugs zieht tiefe Rillen in den ausgetrockneten Steppenboden. Die beiden Söhne springen links und rechts neben dem Gespann auf und ab. Im April ist es drückend heiß in der Westbank, dem 50-jährigen Landwirt stehen die Schweißperlen auf der Stirn.

Die hügelige Landschaft sei hart zu beackern, sagt Al-Shaer. Doch wolle er sich nicht beschweren, der Boden um die palästinensische Bezirksstadt Salfit sei fruchtbar, und überhaupt habe er Glück, dieses Fleckchen Erde nutzen zu können.



Baker Hammad Rezkulas spricht nur aus der Entfernung über das Industriegebiet „Ariel“.

„Den Ertrag teile ich mit der Dorfgemeinde, jeder darf von den Bohnen, vom Koriander und den Oliven essen. Immer mehr Bauern verlieren ihr fruchtbares Land an die Besatzung, kaum jemand kann heute noch von der Landwirtschaft allein leben.“

Al-Shaers Zeigefinger fährt langsam den Bergkamm ab. Dort, wo die grüne Hügellandschaft unterbrochen wird durch braune Erdhaufen, gelbe Baukräne und Gabelstapler, die sich wie Ameisen um die weißen, symmetrisch aneinander gereihten Hallen bewegen, beginnt das Industriegebiet des mächtigen Siedlungsblocks Ariel. 150 Betriebe sind umzäunt von einer grauen Betonmauer und schmalen Gitterstäben, dahinter eine kahl gerodete Pufferzone.

19 Dörfer gehören zur Bezirksstadt Salfit, die von 23 israelischen Siedlungen umgeben ist. Ariel liegt im Herzen der Westbank, drei Kilometer südlich der Palästinenserstadt, der breite Trans-Samaria-Highway („Route 5“) führt zum rund 40 Kilometer östlich gelegenen Tel Aviv. Wird die Straße gesperrt, teilt dies die gesamte Westbank in zwei Hälften. Sperrungen finden mehrmals pro Woche statt, als Kollektivstrafe in Folge eines Terroranschlags, erklärt Baker Hammad Rezkulas. Der Bürgermeister des Dorfes Farkha ist seit 1970 Mitglied der Nicht-Regierungsorganisation Palestinian Agricultural Relief Committees (PARC), er will die Landwirtschaft in den palästinensischen Gebieten für die kleinen Bauern wieder rentabler machen, verhilft ihnen zu fruchtbarem Land.

Baker Hammad Rezkulas lässt von seinem Haus aus den Blick schweifen, über die weiche Landschaft der terrassierten Olivenhaine, die von

weitem wie Treppenstufen auf dem Hang liegen, abgetrennt durch uralte Mauern aus rotbraunem Gestein. Jeden Abend nehmen die Männer des Dorfes Platz auf Rezkulas Sesseln unter dem Familienporträt, stellen Bauanträge, diskutieren über Politik, trinken arabischen Kaffee und rauchen gestopfte Zigaretten. Der 53-Jährige trägt eine blaue Jeanshose, darin ein kariertes Hemd. Rezkulas rundes Gesicht mit dem grauen Schnauzbart sieht müde aus, das Rauchen hat er aufgegeben. Er ist Kommunist, bereiste Kuba in 1997, war in Marokko, Frankreich, Italien, spricht von Boykotts und internationaler Zusammenarbeit in Projekten, Ökodörfern, Protestbewegungen.

Auf dem Hügel mit den drei Olivenbäumen hat er selbst ein Stück Land gepachtet, für die nächsten 20 Jahre. Umzäunt von schwarzen Autoreifen will er dort gemeinsam mit der kommunistischen Jugendbewegung des Dorfes eine nachhaltige Landwirtschaft errichten: Bohnen, Koriander, verschiedene Weizenarten, Dattelpalmen, Feigenbäume und Mandelsträucher sollen hier wachsen. Es geht Rezkulas darum, unabhängig zu sein, sich der Welt zu öffnen. Unterstützung bekomme er von Genossen aus Katalonien, Frankreich, der Türkei, Deutschland und Aktivisten aus Israel; – dem „48er-Land“ – wie er es nennt.

Während des Gaza-Krieges 2014, in dem laut UNO 1843 Palästinenser und 67 Israelis ums Leben kamen, hatte der 53-Jährige seine Hoffnung begraben. „Damals war ich wütend, sprach vom Töten. Heute könnte ich keiner Katze etwas antun“, sagt Rezkulas. Seine Tochter Salwa arbeitet für die international geförderte Organisation „Jerusalem Legal Aid & Human Rights Center (JLAC)“, die sich für die zivilen Rechte der Palästinenser einsetzt. Geht es darum, landwirtschaftlich genutztes Ackerland in den besetzten Gebieten vor Gericht zu verteidigen, will die Organisation Widerstand leisten und den Prozess für die israelischen Behörden erschweren. Erst im Januar 2016 gingen 150 Hektar palästinensisches Agrarland durch das israelische Verteidigungsministerium als „staatliches Land“ an Israel über, die größte Enteignung seit eineinhalb Jahren.

Laut Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) verstößt der Ausbau der Siedlungen und deren Nutzung für industrielle Zwecke gegen internationales humanitäres Recht. Sari Bashi, Aktivistin bei HRW und Landesdirektorin für Palästina und Israel, spricht von Ausbeutung der Palästinenser. „Der Lebensunterhalt der Menschen in der Gegend um Salfit basiert auf Landwirtschaft. Werden die Landwirte durch die



Die letzten Bewohner der „sterilen Zone“ verlassen ihre Häuser nur noch zum Gebet.

Siedlungspolitik enteignet, sind sie gezwungen, ihre Kinder in den Fabriken der Siedler arbeiten zu lassen, um ihr eigenes Überleben zu sichern. Durch den Ausbau der Industrie in den Siedlungsgebieten verlieren immer mehr Palästinenser ihr eigenes, fruchtbares Land und werden abhängig von den Arbeitsplätzen in den Fabriken.“ Gleichzeitig werde nur einem Prozent aller Bauanträge der Palästinenser in der so genannten „Zone C“, in der sich die Industrieparks ausdehnen, stattgegeben. Die Bezahlung für die schwere, körperliche Arbeit liegt unter dem Mindestlohn, die Arbeiter haben keine vertragliche Absicherung, es gibt keine Urlaubstage.

Siedlungen erstrecken sich über das gesamte Gebiet des Westjordanlands. Am stärksten aber spürt man die Auswirkungen der Siedlungspolitik in der einst pulsierenden Großstadt Hebron, die religiösen Muslimen und Juden gleichermaßen heilig ist. Nachdem vier jüdische Siedlungen im Zentrum Hebrons gegründet wurden, spiegelt sich dort eine einzigartige Konfliktsituation wieder: 800 Siedler werden von Hunderten Soldaten vor 170.000 Palästinensern geschützt. In Hebron gilt Militärrecht.

Aliah erzählt, wie sehr er diesen Ort hasst, der heute einer Militärbasis gleicht. „Hunting Square“ wurde die Gusch-Etzion-Kreuzung von den Pa-

lästinensern getauft. Seit Oktober 2015 kam es dort fast wöchentlich zu terroristischen Anschlägen. „Die Messerangriffe sind eine natürliche Konsequenz, die Reaktion auf ein Leben in Gefangenschaft.“ Wie selbstverständlich formt der 47-Jährige diesen Satz: „Was kann schon ein Messer gegen ein Sturmgewehr anrichten, ein Junge gegen einen ausgebildeten Soldaten?“

Früher hat Aliah Fahrgäste bis nach Tel Aviv oder Haifa chauffiert, hatte eine jüdische Freundin in Jerusalem. Heute beschränken sich seine Wege auf Hebron, Jericho und Bethlehem. Der hagere Mann ist gut vernetzt, das Handy ständig zwischen Ohr und Schulter geklemmt, während er sich eine Zigarette nach der anderen anzündet. Aus dem Autoradio dröhnen orientalische Vierviertel-Rhythmen. Der 47-Jährige stoppt den Motor neben einem kleinen Kiosk im Zentrum der Stadt Hebron; die Durchfahrt zur früheren Haupt- und Marktstraße, der Al-Shuhada-Straße, ist für palästinensische Fahrzeuge verboten. Aliah grüßt den alten Verkäufer mit einer flüchtigen Handbewegung, klopft die letzten Tabakreste aus seinem Plastikfilter und kauft eine neue Schachtel. Kinder spielen mit einem Ball aus Stoffetzen neben verlassenen Häuserbaracken, vereinzelt blinzeln Augenpaare durch die Stäbe der vergitterten Fensterscheiben, manche winken oder rufen ver-



Der Bauer Hassan Al-Shaer (rechts im Bild) ist einer der wenigen, die es sich noch leisten können, im Bezirk Salfit Landwirtschaft zu betreiben.



Die Stadt Abu Dis liegt östlich von Jerusalem im palästinensischen Autonomiegebiet. Bis zu neun Meter ragen die kargen Betonplatten der Mauer an manchen Stellen in den Himmel. Fotos: Maria Christoph

halten „Willkommen in Palästina“. Die Türen der Geschäfte sind zugenagelt, ihre Besitzer vertrieben.

Die Al-Shuhada-Straße, die Aliah beinahe täglich nutzte, wurde nach einem Massaker in der Abraham-Moschee 1994 gesperrt, 29 Muslime wurden in Gebetshaltung hingerichtet. Heute gleicht dieser Teil Hebrons einer Geisterstadt, genannt die „sterile Zone“ oder „H2“. Für einige sei dies immer noch ein Zuhause, sagt Aliah, obwohl die weiß-blaue Fahne der Israelis jeden Laternenmast schmückt. „Für uns sind die Israelis keine Feinde“, sagt er auf dem Weg zum Haus seines Vaters, zu seiner Frau und den acht Kindern im südlichen, industriellen Teil der Stadt, dem palästinensischen Überrest der einst größten Handelsstadt im Westjordanland: „Das Problem ist, für sie sind wir keine Menschen.“

Die Straßen sind leer, leise und grau. Im Flüsterton begrüßen sich die gläubigen Muslime auf dem Weg zum Gebet mit „Asalam Aleikum“ – Friede sei mit dir. Die Einschusslöcher an den kargen Betonmauern sprechen ihre eigene Sprache. „Al shahd fe enab al-Khalil“ steht in arabischer Schrift auf einer heruntergekommenen Hauswand: Man solle den Honig in den Trauben Hebrons nicht vergessen. Daneben das Bild einer Taube mit grünem Zweig im Schnabel.

Der Bauer Hassan Al-Shaer kennt diese Zeile. Sie bildet den Refrain eines palästinensischen Volksliedes. Es handelt von der Ehre seiner Heimat, von Freiheit. Al-Shaer beginnt leise zu summen, bevor er sich umdreht, um in der Abenddämmerung seine letzte Bahn zu ziehen. 🐦

Siedlungspolitik

Über 760 Kilometer zieht sich eine 9 Meter hohe Mauer hin zwischen Israel und dem Westjordanland. Mehr als eine halbe Millionen Siedler leben laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) in 237 Siedlungen in der Westbank und Ost-Jerusalem. Den Beginn der Siedlungspolitik markiert der Sechstagekrieg vom Juni 1967 zwischen Israel und den arabischen Staaten Ägypten, Jordanien und Syrien. Das Ergebnis dieses Krieges hat bis heute Auswirkungen auf die Politik der ganzen Region. Das Westjordanland wurde 1993 im Osloer Abkommen zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in drei verschiedene Zonen eingeteilt: A: 18 %, B: 20 % und C: 62 % der Westbank. In Zone C bestimmen die Israelis alle militärischen und zivilen Angelegenheiten. Das Gebiet um Salfit gehört zu Zone A, unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung.